

Weichenstellung für das Gesundheitswesen

Kommentar zur Bedeutung der Bundestagswahl 2009

Für eine endgültige Bewertung der Bilanz der zweiten Großen Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist es noch zu früh. Erst in ein paar Jahren werden die Historiker ihr Urteil fällen. Ich wage aber schon heute die Vorhersage, dass es nicht allzu positiv ausfallen wird. Die These, dass Große Koalitionen große Projekte zustande bringen, dürfte nach vier Jahren Schwarz-Rot widerlegt sein. Viel zu oft einigte sich die Koalition auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, wichtige Entscheidungen wurden vertagt, der Machterhalt war das gemeinsame Ziel.

Fauler Kompromiss Gesundheitsfonds

In kaum einem Politikfeld kommt dies so deutlich zum Ausdruck wie in der Gesundheitspolitik. Die Gesundheitsreform ist ein Lehrstück dafür, zu welch faulen Kompromissen die Koalition geführt hat. Der Gesundheitsfonds vereint diametral entgegengesetzte Konzepte der beiden Noch-Volksparteien. „Fliewatüt“ heißt die Kombination aus Flugzeug, Schiff und Auto in einem bekannten Kinderbuch. Ein solches Fliewatüt ist auch der Gesundheitsfonds. Hier wurde zusammengepackt, was nicht zusammengehört und nicht zusammenpasst. Eine Prämie Bürgerversicherung à la SPD wurde mit einer Minikopfpauschale, wie sie der Union einmal vorschwebte, gekreuzt. Dahinter steckte die Hoffnung beider Lager, den Fonds nach der nächsten Wahl in die jeweils eigene Richtung weiterentwickeln zu können. Heute zeigt sich, dass nur der Weg zurück zu Beitragsautonomie und Wettbewerb aus der Sackgasse führt.

Kampf um die Mitte

Zu Recht wird beklagt, dass es immer weniger inhaltliche Unterschiede zwischen den großen Parteien gibt. Die Zeit der weltanschaulichen Gegensätze ist vorbei. Der Zusammenbruch des Sozialismus, der Fall des Eisernen Vorhangs und das Ende des Kalten Krieges haben dazu geführt, dass ideologische Grundsatzdiskussionen, wie sie in den 50er- und 60er-Jahren vehement geführt wurden, Geschichte sind. Der Kampf um die Mitte ist spätestens seit Schröders Reformpolitik das beherrschende

Thema in den deutschen Wahlkämpfen. Die Folgen sind bekannt: Immer stärker orientieren sich die Wählerinnen und Wähler an Personen. Die Performance eines Politikers, seine physische Erscheinung, seine Wortwahl, seine Selbstinszenierung sind wichtiger geworden als die konkreten Aussagen. So lässt sich beispielsweise auch der kometenhafte Aufstieg Karl-Theodor zu Guttenbergs erklären, der in wenigen Monaten zum beliebtesten Politiker der Republik avancierte. Er entspricht in vielen Punkten den Erwartungen der Mediengesellschaft.

Erosion der Volksparteien

Eine Folge der inhaltlichen Angleichung, die durch die Große Koalition verstärkt wurde, ist die Erosion der Volksparteien. CDU/CSU und SPD sind davon gleichermaßen betroffen. Die SPD verharrt im 20-Prozent-Bereich, auch die Union spricht trotz hoher Beliebtheitswerte der Kanzlerin in den aktuellen Umfragen nur noch ein gutes Drittel der Wähler an. FDP, Grüne und Linkspartei sind die Gewinner dieser Entwicklung.

Umso wichtiger ist es, den Wählern klar zu machen, dass es eben nicht egal ist, was man wählt. Es gibt auch bei dieser Wahl erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien und möglichen Koalitionen. Gerade für die Zukunft unseres Gesundheitswesens und der sozialen Sicherungssysteme ist die Bundestagswahl eine elementare Weichenstellung. Die Grundprinzipien Eigenverantwortung oder staatliche Bevormundung stehen sich hier in aller Offenheit gegenüber. Wer einen Grund braucht, um zur Wahl zu gehen, sollte ihn spätestens mit Blick auf die Sicherstellung der (zahn-)medizinischen Versorgung gefunden haben.

Deutschland hat noch immer eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Länder wie die USA oder Großbritannien beneiden uns darum. Am 27. September entscheiden wir auch darüber, ob wir diese Spitzenposition verteidigen oder ob wir den Marsch in die Staatsmedizin fortsetzen. Dessen sollten sich auch unsere Patientinnen und Patienten bewusst sein.

Dr. Martin Reißig
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der
Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns